

Die Tarife machen den Mediziner*innen das Leben schwer

Kostenexplosion, Praxissterben, Versorgungsengpässe. Es sind dramatische Begriffe, die heute mit dem Thema «Gesundheitswesen» assoziiert werden. Nicht zu Unrecht, wie Prof. Dr. Urs Saxer weiss. Der Partner bei Steinbrüchel Hüssy Zürich kennt als Branchenexperte die Lage der Ärzte genau. Insbesondere die heutige Tarifstruktur macht ihnen zu schaffen. Das hat Auswirkungen auf die Patienten.

Urs Saxer, am 1. Januar dieses Jahres traten die Änderungen des medizinischen Einzelleistungstarifs «Tarmed» in Kraft. Welche Auswirkungen hatten diese bisher?

Die Tarmed-Anpassungen sind im Gesundheitswesen deutlich spürbar. Vor allem die ambulant in der Praxis tätigen Ärztinnen und Ärzte gehören zu den Benachteiligten. Ihre Situation verschlechtert sich erneut. Grundsätzlich wären die Spitäler mit ihren ambulanten Angeboten ebenfalls betroffen, doch da dort die Patientenzahl generell steigt, ist der Schaden zumindest umsatzmässig weniger spürbar. Die Tarifaufgestaltung von Tarmed wirkt sich also unterschiedlich auf die einzelnen Gruppen der Gesundheitsbranche aus. Das Problem ist ferner, dass die Senkungen nicht durchgehend mit einem reduzierten Aufwand bei der Leistungserbringung legitimiert werden können, sondern nach wie vor stark politisch geprägt werden. «Hauptsache sparen», lautet das Motto.

Was führt denn im Rahmen der Tarmed-Anpassung zu Schwierigkeiten für Arztpraxen?

Es sind nicht nur die Senkungen beim Tarmed als Tarifstruktur, sondern auch die Taxpunktwerte. Während Tarmed als Tarifstruktur bundesweit identisch ist, unterscheiden sich die Taxpunktwerte kantonal. Sie dienen dazu, einer medizinischen Leistung einen Geldwert zuzuweisen und bestimmen damit, welche Beträge ein ambulant praktizierender Arzt verrechnen darf. Die Höhe dieses Wertes ergibt sich aus der Abmachung zwischen Ärzteschaft und den Versicherern. Wird aber kein Konsens gefunden, muss



Prof. Dr. Urs Saxer LL.M.

Rechtsanwalt und Partner bei Steinbrüchel Hüssy Zürich, Verwaltungsrat der Genossenschaft Ärzteskasse sowie der Spital Männerdorf AG

die Kantonsregierung den Wert festlegen, was vielerorts der Fall ist. Das führt zu grossen Unterschieden zwischen den Kantonen, auch historisch bedingt. So sind beispielsweise die Taxpunktwerte in der Romandie deutlich höher als in der Inner- oder Ostschweiz. Aktuell finden in vielen Kantonen Taxpunktverhandlungen bzw. entsprechende Verfahren statt.

Um diese Unterschiede auszugleichen?

Dies auch, aber nicht primär. Das Hauptproblem besteht darin, dass die Taxpunktwerte das Wachstum an Kosten, das bei der Ärzteschaft in den letzten Jahren entstanden ist, in keiner Weise widerspiegeln. Das Gesundheitswesen ist eine der am striktesten regulierten Branchen überhaupt und die Qualitätsanforderungen steigen laufend. Zugleich werden die Ärztinnen und Ärzte mit immer mehr administrativen Aufgaben belastet, und die Kosten wie die Miete oder die Löhne für die Praxisassistenten haben zugenommen. Die Taxpunktwerte bewegen sich aber häufig noch auf dem Niveau von vor fünfzehn Jahren! Dass die moderne medizinische Leistungserbringung sehr aufwändig und teuer ist, wird von den Taxpunktwerten nicht genügend berücksichtigt. Daher sinkt schon seit längerem das Einkommen

«Das Gesundheitswesen ist eine der am striktesten regulierten Branchen überhaupt und die Qualitätsanforderungen steigen laufend.»

der ambulant praktizierenden Mediziner, wodurch der Beruf an Attraktivität einbüsst. Die Ärzteschaft strebt nun neue Verhandlungen mit Versicherern an, basierend auf aktuellen Daten, die den Gegebenheiten besser gerecht werden. Grundsätzlich müssen wir uns als eine der global reichsten Gesellschaften die Frage stellen, wie das Einkommen eines ambulanten Arztes aussehen soll und wie viel uns der sehr hohe Standard wert ist, den wir hierzulande in der medizinischen Versorgung geniessen. Verliert der medizinische Beruf weiterhin an Attraktivität, droht eine Unterversorgung. Diese ist bereits heute spürbar: Wer einmal versucht hat, aufgrund eines Gesundheitsvorfalls rasch bei einem ambulanten Leistungserbringer unterzukommen, wird dies an eigenen Leib feststellen. Die Konsequenz ist, dass die Leute den Notfall der Spitäler aufsuchen, wo sie nicht hingehören und so zusätzliche, unnötige Kosten verursachen.

Die ambulanten Praxen geraten in finanzielle Nöte. Gleichzeitig ächzt die Schweiz unter steigenden Krankenkassenprämien.

Das ist das Problem. Und niemand möchte es wirklich anpacken, da es politisch heikel ist. Doch letztlich müssen wir uns ganz undogmatisch

die Frage stellen, welchen Grad an medizinischer Versorgung wir wollen – und was wir dafür bereit sind zu zahlen. Wird eine finanzielle Schmerzgrenze erreicht, müssen wir andere Modelle andenken. Dies ist eine der Grundherausforderungen der Schweiz und natürlich lässt sich das Thema nicht von heute auf morgen erledigen. Ebenso klar ist aber auch, dass wir nicht einfach die bestmöglichen Leistungen erwarten können und dann davon ausgehen, dass gleichzeitig ein grosses Sparpotenzial ausgeschöpft wird. Eine solche Ökonomie funktioniert nirgends, auch nicht im Gesundheitswesen.

Sie haben die hohe Regulierungsdichte im Gesundheitswesen angesprochen. Welchen Stellenwert nehmen Rechtsberatungen ein?

Sie sind absolut zentral. Und weil die Regulierungen zunehmen, besteht ein immer grösserer Beratungsbedarf. Ebenso steigt die Anzahl der geführten Verfahren vor dem Bundesverwaltungsgericht und anderen Gerichten. So führen Tarif-Diskussionen fast immer zu grösseren Verfahren. Aber auch die Zulassung von Leistungserbringern wie Spitalern und Ärztinnen und Ärzten führt immer wieder zu Problemen. Zusammenfassend lässt sich darum festhalten, dass Gesundheitsinstitutionen ohne regelmässige Rechtsberatung und Vertretung von Verwaltungsbehörden und Gerichten nicht auskommen können.

Weitere Informationen unter www.steinlex.ch

TEXT SMA